

## Kampf ums Weiße Haus

Tobias Konitzer

### Sammelbecken der Unvereinbaren

Warum die Rechte in Amerika die Wahlen kaum gewinnen kann

*Als die Republikaner 2010 in den sogenannten »Midterm Elections« den Demokraten die Mehrheit im Repräsentantenhaus streitig machen konnten, u.a. mit Hilfe der erzkonservativen Tea Party, schien auch ein republikanischer Präsident 2012 im Bereich des Möglichen – vier Jahre nachdem George W. Bush als einer der unbeliebtesten Präsidenten abgetreten war. Auf nationaler Ebene allerdings mangelt es den Republikanern an programmatischer Kohäsion. Aufgrund disparater Wahlstrategien ist die Partei in unvereinbare Fragmente zerfallen.*

Die republikanischen Vorwahlen mögen entschieden sein, aber der Kandidat, der im Herbst Barack Obama besiegen soll, ist kein sogenannter »Maverick«, also kein unabhängiger Geist wie noch vor vier Jahren John McCain. Mitt Romney ist in der politischen Arena ein Getriebener, der verzweifelt versucht, die Republikaner zu einen. Er ist einer, der heute Abtreibung befürwortet und sie morgen verdammt, der in Massachusetts die gesetzliche Krankenversicherung einführte und sie heute, gemäß der Parteilinie, als teuflisches *Obamacare* bezeichnet – ein *Flip-Flopper* eben, wie die Amerikaner sagen. Die Vorwahlen haben gezeigt, dass die Republikaner eine zutiefst gesplittete Sammelbewegung geworden sind, in der sich einzelne Fragmente in teils tiefer Ablehnung gegenüber stehen.

Die Zerrissenheit der Republikanischen Partei ist nicht das Resultat eines *Bottom-up*-Prozesses oder Wertewandels ihrer Wählerschaft, und auch nur bedingt Folge des politischen Systems, das die Parteien zu einer Vereinigung unterschiedlicher politischer Interessen zwingt, sondern vielmehr Ergebnis einer wohlüberlegten Parteistrategie: der Politisierung verschiedener Dimensionen des politischen Raums in den letzten 40 Jahren. Während die politische Landschaft in Europa vor al-



Reiner Zinschen

**Tobias Konitzer**

(\* 1986) hat in Dortmund Kulturwissenschaften, Journalistik und Politik studiert und sich in seiner Bachelorarbeit mit dem Einfluss amerikanischer Medien auf den politischen Prozess beschäftigt. Er ist momentan DAAD-Stipendiat am Graduiertenkolleg für Politikwissenschaften der Duke University, USA.  
tobias.konitzer@duke.edu

lem durch Neugründungen von Parteien anhand großer politischer Konfliktlinien, den sogenannten *Cleavages*, flexibel bleibt, wird Wandel im statischen amerikanischen Zweiparteiensystem nicht durch Parteigründungen, sondern durch *Bewegungen* der Parteien im politischen Raum stimuliert. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts war die einzige Dimension dieses politischen Raums der ökonomische Konflikt. Republikaner bevorzugten traditionell keine oder nur geringe Redistribution, Demokraten hingegen verfolgten eine expansiv-redistributive Agenda. Bis zur Einführung des New Deals in den 30er Jahren, des umfassenden keynesianischen Wirtschaftsprogramms, das nach der Großen Depression das wirtschaftliche Wachstum ankurbeln sollte, können so gut wie alle innenpolitischen Konfliktpunkte unter diesen Grundkonflikt subsumiert werden. Der große Erfolg dieser Politik aber sorgte vor allem für eine

Verschiebung der öffentlichen Meinung zugunsten der Demokratischen Partei. Der New Deal, anfangs durchaus kontrovers diskutiert, wurde innerhalb kurzer Zeit in den Augen der Bevölkerung zu einem politischen Valenzthema.

Das Nachkriegsklima in Amerika war daraufhin geprägt von einer geringen Anzahl innenpolitischer Konfliktlinien, mit der Folge, dass Politik, für die die Existenz solcher Konfliktlinien immer auch *Conditio sine qua non* ist, als gesellschaftliches Thema beinahe marginalisiert wurde. Es galt schlicht als bürgerliche Tugend, in Präsidentschaftswahlen die Demokratische Partei zu wählen. Mit der Ausnahme Dwight D. Eisenhowers, der sich auch aufgrund seiner extremen Popularität und des außenpolitischen Schocks des Koreakriegs in den Präsidentschaftswahlen durchsetzen konnte, waren bis 1968 alle Präsidenten demokratisch.

Die Einführung des New Deals führte auch zu einer Spaltung der republikanischen Elite. Auf der einen Seite war der New Deal gesellschaftlicher Konsens und eine Politik gegen seine Sozial- und Fiskalprogramme nicht mehrheitsfähig, auf der anderen Seite war dieses Programm mit dem republikanischen Wirtschaftsmantra der freien Hand, geprägt durch die klassische Theorie Adam Smiths, nicht vereinbar. Die Partei befand sich also in einem Dilemma; sie konnte entweder gegen ihre eigene Grundüberzeugung Politik machen, oder aber den Demokraten die politische Mehrheit überlassen. Sie entschied sich für einen Mittelweg. Die politische Landschaft war geprägt von zwei annähernd kongruenten Parteien.

### Politisierung neuer Felder

Als Nixon 1968 zum zweiten Mal nach 1960 für die Präsidentschaft kandidierte, wusste er, dass die klassische Allianz der Wirtschaftsliberalen nicht zum Wahlsieg rei-

chen würde – trotz der demokratischen Verwicklung in das Vietnamdesaster. Um diesen Nachteil auszugleichen, bediente er sich in seiner Wahlstrategie eines Mittels, das die amerikanischen Politikwissenschaftler Garry Miller und Norman Schofield *Flanking* nennen: der Politisierung einer bislang im politischen Raum ruhenden Dimension. Obwohl die Rassenfragen nach dem *Civil Rights Act* 1964 politisch geklärt waren, lebte der ehemals *offene Rassismus* in den Worten der Politikwissenschaftler David Sears und Donald Kinder in Form des *symbolischen Rassismus* fort. Vor allem in den klassisch demokratischen Südstaaten war die Opposition gegen *Affirmative-Action*-Programme, einer Schwarzen-Quote an Universitäten, erheblich, und die Empfänglichkeit für Nixons Sozialprogramme, die der radikalen Bürgerrechtsplattform der Demokraten diametral gegenüberstanden, groß. Nixons Wahlmanöver, die sogenannte *Southern Strategy*, führte letztendlich zu einem *Realignment*, zu einem Überlaufen der Südstaaten von der Demokratischen zur Republikanischen Partei.

Ronald Reagan stand in der Präsidentschaftswahl 1980 gegen Jimmy Carter vor demselben Problem. Die Republikanische Allianz aus Südstaatlern und Fiskalkonservativen zeigte Risse und drohte zu zerfallen. Um im *Electoral Game* eine Chance zu haben, initiierten Reagans Wahlstrategen ebenfalls die Politisierung eines Themas, das bislang im politischen Raum ohne Bedeutung war: die Abtreibung. Der Supreme-Court hatte 1973 im Meilenstein-Prozess *Rowe vs. Wade* Abtreibung als legal erklärt; die Parteien jedoch hüteten sich vor politischen Stellungnahmen. In der Tat war es damals die demokratische Klientel, deren Mehrheit als Abtreibungsgegner galt, während die Mehrheit der Republikaner Abtreibung eher befürworteten. Für sie war das Thema sozusagen die Extension ihres Standpunktes auf der ökonomischen Dimension – eine Politik des reinen Individualismus. Als Reagan das Thema zum

Politikum machte und somit die Dimension der sozialen Werte politisierte, politisierte er auch eine Klientel, die bis dato eigentlich apolitisch war: die in Amerika einflussreiche evangelikale Bewegung. Die Politisierung der Werte-Dimension führte also nicht zu einem *Realignment*, sondern zu einer Ausweitung des Elektorats an sich.

### **Sozialkonservativ gegen fiskallibertär**

War vor 1980 das Einkommensverhältnis noch eine sichere Kennzahl für die Wahlentscheidung, fanden sich in den Folgejahren immer mehr Wähler, die aufgrund ihrer wirtschaftlichen Situation zwar von expansiven redistributiven Programmen profitiert hätten, aufgrund ihrer Religiosität aber gegen ihre eigenen ökonomischen Interessen wählten. In den 90er Jahren schließlich forcierten die republikanischen Strategen um Karl Rove eine Radikalisierung der republikanischen Programmatik auf allen Ebenen. Diese sogenannte *Cater-to-the-Base*-Strategie und George W. Bushs Extension der sozialen-Werte-Dimension, die nun auch die Legalisierung von Schulgebeten, und vor allem den Kampf gegen einen Ausbau von Homosexuellen-Rechten umfasste, führte zu einem Dilemma bei republikanischen Wählern. Sozialkonservative waren nun gezwungen, gleichzeitig für ein extrem libertäres fiskalpolitisches Programm zu stimmen, das in Zeiten steigender Einkommensungleichheit die Spaltung von arm und reich nur vergrößern würde. Im Gegenzug dazu sahen sich Fiskallibertäre gezwungen, für eine erkonservative Sozialpolitik zu stimmen.

Diese radikale Spaltung des republikanischen Programms zwischen mehreren politischen Dimensionen ist Ursprung der Krise innerhalb der Partei. Der Kandidat der Wertkonservativen beispielsweise, Rick Santorum, der immerhin zum zweitfolgreichsten republikanischen Kandidaten

der Vorwahlen avancierte und dem Kommentatoren eine glänzende politische Zukunft bescheinigen, stößt im fiskallibertären Teil der Partei auf Ablehnung. Santorums Programmatik, die er in seiner Monografie *It takes a Family* darlegt, liest sich als Manifest der sozial-konservativen Bewegung. Santorum sieht die christlich definierte Familie als Beginn des Politischen. Er wettet auf die großen Sechs – den Staat, die Universitäten, die Schulen, Big Business, Gewerkschaften, Unterhaltung und die Medien – und propagiert an ihrer Stelle die Förderung der Kirchen und der klassischen heterosexuellen Ehe als Nukleus der Familie. Vor dieser Grundüberzeugung entfaltet er seine teils abenteuerlichen politischen Ideen: Schwulenehe und Sex vor der Ehe unterminierten die Familie (als Beispiel einer »gelungenen« Sexualerziehung führt er Ugandas Abstinenz-Programme an, ein Land in dem Homosexuellen die Todesstrafe droht), Geschlechtsverkehr sei im Grunde moralisch verwerflich, sexuelle Freiheit führe zu Geisteskrankheit, Krebs und Tod. Das Hauptübel aber sei die Abtreibung, die »wie ein Gift kontinuierlich unser moralisches Ökosystem verschmutzt«. Er skizziert eine »gute« Kultur, die das Richtige und Falsche erkennt und als moralischer Kompass wirken solle. Universitäten bedrohten zudem den gesellschaftlichen Zusammenhalt, der besser durch *Homeschooling*, dem in Amerika legalen Hausunterricht, und autoritäre Erziehung sichergestellt werden könne.

So abstrus sich seine politische Dogmatik liest, so verbreitet ist diese Einstellung in den bildungsfernen Schichten, die in den amerikanischen Megakirchen sozialisiert werden. Häufig geben diese Kirchen direkte Wahlempfehlungen. Sie erklären en detail, wie ein Kind bibeltreu gezüchtet wird. Diese Art des radikalen Sozialkonservatismus aber, mit ihrer teils stark redistributiven Programmatik, steht dem radikalen Fiskalkonservatismus des libertären Flügels diametral gegenüber. Die klassischen

Rockefeller-Republikaner, die in den amerikanischen Eliteinstitutionen ausgebildet worden sind, sehen die Rückwärtsgerichtetheit und Wissenschaftsfeindlichkeit des sozialkonservativen Flügels skeptisch.

Mitt Romney, der designierte Präsidentschaftskandidat, wird in seinem Versuch, sich auf der ökonomischen, der symbolisch-rassistischen und der sozialkonservativen Ebene zu platzieren, zwangsweise einige Elemente dieser ohnehin schon fragilen Koalition enttäuschen müssen. Unter

diesen Umständen wird es im *Electoral Game* nicht dazu reichen, Obama im Herbst ernsthaft in Gefahr zu bringen – es sei denn, Romney würde eine weitere Dimension des politischen Raums politisieren und sich etwa in Immigrationsfragen auf die Seite der Illegalen stellen. So könnte er die hispanische Bevölkerung als Allianz gewinnen. Der einzige Kandidat der Republikaner aber, der diese Strategie verfolgt hat, war Newt Gingrich – und der ist bei den Vorwahlen krachend gescheitert. ■

*Ned Brown*

## Wo ist der Sturm in der Atmosphäre?

### Die amerikanische Linke und der Geist des Widerstands

*Warum ist die amerikanische Linke so passiv, wenn es darum geht, zu aktuellen Widerstandsbewegungen eine Position zu beziehen? Sollte der linke Flügel der Demokratischen Partei – natürlich inhaltlich gewendet – nicht viel eher der leidenschaftlichen Tea Party-Bewegung nacheifern und nicht sogar den Konfrontationskurs der »Occupy Wall Street«-Bewegung übernehmen? Einblicke in das Denken der Linken in den USA.*

#### Ned Brown

(\* 1946) ist Rechtsanwalt, der über amerikanische Politik und zu anderen Themen publiziert.

nedbrown55@gmail.com



»Der Geist des Widerstands gegen die Regierung ist bei bestimmten Gelegenheiten so wertvoll«, schrieb Thomas Jefferson 1787, »dass ich ihn immer lebendig halten möchte. Dieser Geist wird oft an falscher Stelle ausgeübt werden, doch ist das besser als dessen Nicht-Ausübung. Ich mag ab und zu ein bisschen Rebellion. Sie ist wie ein Sturm in der Atmosphäre.«

Der Geist des Widerstands zeigt sich in den Vereinigten Staaten in periodisch wie-

derkehrenden Abständen. Normalerweise findet man ihn links von der politischen Mitte. Dort gilt Jefferson als einer der wichtigsten geistigen Gründungsväter Amerikas. In seinem Anti-Etatismus, seinem Anti-Elitarismus, seiner Ideologisierung des kleinen, rechtschaffenen, bescheidenen, selbstversorgenden Landbewohners (»Jeffersonian Ideal«) fühlt sich gegenwärtig aber auch die ultra-libertäre Tea Party zuhause. In ihrem Fokus steht die Kritik an der exklusiven »Politischen Klasse«, die sich ihrer Ansicht nach in den Metropolen an der Ost- und Westküste gebildet hat und das Land fest im Griff hält, die sich selbst an den Eliteuniversitäten der USA reproduziert und so durch soziale Schließung den »American Dream«, die Idee, dass jeder mit harter Arbeit alles erreichen kann, verraten hat.